



# Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,  
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal  
Freitags.  
Anzeigen, die viergespaltene  
Rechtzelle 20 Pf.  
Im Abonnement nach Uebereinkunft.  
Schluß der Redaktion  
Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich  
1 Mark bei jedem Postamt und in  
der Expedition.  
Postzeitungsliste S. 98 „Eiche“, Die  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O. 55,  
Greifswalderstr. 221/223.

## des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dumcker).

Nr. 9. Berlin, den 3. März 1905. XVI. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an G. Gahner, Greifswalderstr. 221/223  
Fernsprech-Amt VII, 4720. Geldsendungen an W. Zielke, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren. Fernsprech-Amt VII, 4720.

### Arbeitsdifferenzen bestehen in folgenden Orten:

- Berlin.** Streik in sämtlichen Betrieben der Jalousiebranche.
- Berlin.** Sperre: Ueber die Firma Köfener, Pianofabrik Schönhauser Allee 157.
- Nadeberg.** Differenzen in den Eschbachschen Werken. Abteilung Eisschrank und Küchenmöbel.
- Stettin.** Streik der Tischler in den Stettiner Oberwerken (Fabrik für Schiff- und Maschinenbau).

Reise- oder Wandergeld nach vorgenannten Orten darf von unseren Kassirern nicht gezahlt werden. Sobald nicht allwöchentlich der Redaktion ein Bericht über den Stand der Differenzen zugeht, werden diese nicht mehr veröffentlicht.

### Das deutsche Reich an der Spitze der sozialen Reform.

Wenn die deutschen Arbeiter und die sozialpolitisch fortschrittlich gesinnten Elemente behaupten, daß das Tempo der Regierung in sozialreformerischer Hinsicht zu langsam sei, dann wird dem immer entgegengehalten, daß deutsche Reich gehe allen anderen Staaten voran und könne ihnen als Vorbild dienen. Die lieben Scharmacher natürlich haben in dieselbe Kerbe. Ihnen geht alles, was zu Gunsten der Arbeiter geschaffen wird, viel zu weit. Nach ihrer Meinung — wenigstens thun sie so, als ob es ihre Meinung wäre — ist die deutsche Industrie durch die soziale Gesetzgebung derartig belastet, daß sie die Konkurrenz mit dem Auslande kaum noch zu bestehen vermag. Dabei ist amtlich der Nachweis erbracht worden, daß gerade seit der Einführung der Arbeiterversicherung die deutsche Volkswirtschaft einen Aufschwung genommen hat, der nur von den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika übertroffen wird. Es verlohnt sich also wirklich nicht der Mühe, das Strige der scharmacherischen Behauptungen besonders nachzuweisen. Wenn dagegen unsere leitenden Staatsmänner sich so viel auf unsere sozialpolitische Gesetzgebung einbilden, so wollen wir zunächst einmal zugeben, daß in der That die beiden letzten Jahrzehnte den Arbeitern manchen Fortschritt gebracht haben. Andererseits aber vermögen wir bei der gewaltigen Entwicklung der Industrie und auch der Technik nicht anzuerkennen, daß das, was geleistet ist, sowohl an Qualität wie an Quantität den Anforderungen genügt, welche die Arbeiter zu stellen berechtigt zu sein glauben. Dieselben haben trotzdem die Ueberzeugung, daß sie in vieler Beziehung die Stiefkinder der Regierung sind, und in dieser Ueberzeugung müssen sie von Jahr zu Jahr bestärkt werden.

Ja, wenn es nach den schönen Reden ginge, die sie im Laufe der Zeit von unseren Staatsmännern, insbesondere vom Herrn Reichskanzler, gehalten werden, dann könnte man fast den Eindruck bekommen, als lebten die Arbeiter in Deutschland in einem wahren

Edorado. Geht man aber der Sache wirklich auf den Grund, läßt man nur die nackten Thatsachen sprechen, dann erkennt man bald, daß zwischen Worten und Thaten eine tiefe Kluft gähnt. Man vergewärtige sich nur einmal die Vorgänge, die sich seit Beginn dieses Jahres in unserem wirtschaftlichen Leben abgespielt haben. Die großen sozialpolitischen Debatten, die alljährlich bei der Berathung des Staats des Reichsamtes des Innern stattzufinden pflegen, stehen uns erst noch bevor. Dennoch haben sich schon Dinge ereignet auf sozialpolitischem Gebiete, welche deutlich erkennen lassen, welche Bedeutung man der Arbeiterschaft und ihren Wünschen und Bedürfnissen beimißt. Da beschäftigte sich vor einigen Wochen der Reichstag mit einer Interpellation des Centrums, wie sich die Regierung denn wohl zur Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages stelle. Die Meinungen über diese Frage können sehr wohl getheilt sein. Selbst in Gewerkevereinskreisen giebt es Strömungen, die dem gesetzlichen Maximalarbeitslag das Wort reden, während eine andere Richtung die Anschauung vertritt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter lediglich Aufgabe der Organisation sein müsse. Ohne für eine der beiden Ansichten uns hier auszusprechen, muß aber doch die Antwort, welche die Fragesteller erhielten, stark befremden. Graf von Posadowsky redete wie gewöhnlich von allen möglichen Erwägungen, die angestellt würden, und machte dabei eine Weithheilung, die ein großes Schlaglicht wirft auf den sozialpolitischen Eifer der einzelnen Bundesstaaten. Auf eine Umfrage bei sämtlichen Bundesregierungen bezüglich des Zehnstundentages waren nämlich im Ganzen acht Antworten, also noch nicht einmal ein Drittel, eingegangen, und diese acht Regierungen stehen entweder auf unbedingt ablehnendem Standpunkte oder sie verlangen vorher die allerersten Erhebungen. Freilich, hier handelt es sich ja auch nur um eine Angelegenheit der Arbeiter. Wenn es eine agrarische Frage gewesen wäre, hei, wie hätten sich da wohl die Einzelstaaten beeilt, um nur ja rechtzeitig mit der Antwort da zu sein, die sicherlich nicht „unbedingt ablehnend“ ausgefallen wäre, wenn es gälte, den Herren Großgrundbesitzern in irgend einer Form eine Liebesgabe zukommen zu lassen.

Charakteristisch will es uns auch erscheinen, daß bei der Berathung der verschiedenen Anträge auf Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes und Bildung von Arbeitskammern der Bundesrathstisch im Reichstage völlig leer war. Erst gegen Schluß der betreffenden Sitzung erschien der Herr Staatssekretär v. Posadowsky auf kurzer Zeit, ohne allerdings seinen oder der Regierung Standpunkt zu der Frage klarzulegen. Nun, vielleicht geschieht dies bei der noch in Aussicht stehenden zweiten Lesung eines sozialdemokratischen Antrages über dieselbe Angelegenheit. Wir werden dann nicht veräumen, auf diese bedeutungsvolle Sache noch einmal einzugehen.

Auch der bisherige Verlauf der Aktion zu Gunsten der Bergarbeiter berechtigt nicht gerade zu hohen Erwartungen. Wohl wird,

wenn die auch in unserer letzten Nummer aufgezählten Reformen im Bergwerksbetriebe durchgeführt werden, das harte Los der Bergleute wesentlich gemildert werden. Auch die in Aussicht gestellte Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, sofern sie nicht mit allerlei lästigem Beiwerk versehen wird, wäre im Interesse aller Arbeiter mit Freuden zu begrüßen. Uns will es nun scheinen, als wenn die preussische Regierung, welche die Regelung der Bergarbeiterfrage in die Hand genommen hat, recht lange mit ihren praktischen Vorschlägen zögert. Denn der dem Abgeordnetenhaus bisher zugegangene Entwurf betr. das Stilllegen von Zechen ist doch nur von untergeordneter Bedeutung für die Arbeiter. Außerdem steht zu befürchten, daß bei der Zusammensetzung des preussischen Landtages nicht allzu viel Gutes für die Bergarbeiter herauskommen wird, selbst wenn die preussische Regierung noch so vernünftige Vorschläge machte. Unseres Erachtens hätte nur ein Reichsberggesetz wirksam Abhilfe schaffen können, und daß die Reichsregierung, die dafür im Reichstage bei gutem Willen sicher eine Majorität gefunden hätte, sich dazu nicht hat aufschwingen können, ist für uns ein weiterer Beweis dafür, daß man die Arbeiter nicht mit demselben Maße mißt, wie andere Berufsstände.

Wie man auf deren Wohl bedacht ist, das zeigt am besten die Annahme der auf Grund des berücksichtigten Wucherzolltarifs aufgestellten Handelsverträge, die ohne jeden Zweifel eine ungeheuerliche Belastung gerade der ärmsten Schichten der Bevölkerung zur Folge haben müssen. Infolge der Erhöhung der Zölle auf Fleisch, Brot und andere notwendige Lebensmittel müssen die Preise dafür steigen. Und diese Preissteigerung wird am deutlichsten empfunden beim Brot. Denn es ist eine bekannte Thatsache, daß mit der Größe der Familie und dem geringen Einkommen der Verbrauch von Brot wächst. Je wohlhabender jemand ist, umso dünner sind die Brotschnitte. Also eine bedeutende Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter müssen die neuen Handelsverträge zur Folge haben. Denn was für Lebensmittel mehr ausgegeben wird, das muß an entbehrlichen Dingen gespart werden. Was aber das Schlimmste bei der ganzen Sache ist, — auch das Einkommen des Arbeiters wird aller Wahrscheinlichkeit im Allgemeinen sinken. Denn daß unsere Handelsausfuhr leiden wird, geben alle Sachverständigen zu. Jede Verminderung, ja jede Erschwerung des Exports aber bedeutet eine Schädigung der Industrie und damit eine Verringerung der Arbeitsgelegenheit. Daraus wiederum folgt eine Vermehrung der industriellen Reservearmee, die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit und ein Sinken der Arbeitslöhne sowie eine Verschlechterung der sonstigen Arbeitsbedingungen.

Diese von der Regierung betriebene Handelspolitik also bewirkt auf der einen Seite die Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiter, auf der andern nimmt sie diesen die Arbeit. Wieviele soziale Gesetze zu ihren Gunsten sind wohl notwendig, um nur einigermaßen wieder gut zu machen, was durch diese Handelsverträge an ihnen gesündigt wird! Bedenkt man alle diese Dinge, dann bedeutet alles das, was man auf sozialpolitischem Gebiete leistet, kaum soviel wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es liegt gar keine Veranlassung vor, sich mit der Sozialgesetzgebung zu brüsten, solange man durch eine verkehrte Wirtschaftspolitik die Interessen gerade der Ärmsten auf das Schmerzlichste benachteiligt. Die Arbeiter selbst aber mögen gerade aus diesen Erfahrungen die Lehre ziehen, mit aller Energie für die Ausdehnung und den Ausbau der Organisation zu agitieren, um auf dem Wege genossenschaftlicher Selbsthilfe zu erreichen, was ihnen der Staat aus Ungerechtigkeit versagt.

**An die Verbandskollegen im Regierungsbezirk Magdeburg und Herzogthum Anhalt.** Zur Zeitungsfrage. Werthe Kollegen, schon mehrere Male ist die Zeitungsfrage in unseren Reihen erörtert, auch sind uns schon Projekte vom Zentralrathe vorgeschlagen, aber leider kam bisher noch keines zu Stande. Kollegen, so kann es unmöglich weiter gehen, hier muß einmal Wandel geschaffen werden. „Gewertverein, Regulator, Fabrik- und Handarbeiter, Eiche“ und wie sie alle heißen, reichen nicht aus, um das bringen zu können, was wir brauchen und haben müssen. Der Ortsverband Magdeburg und Umgegend hat, um diesen Uebelstand abzuheben, beschlossen, dieser Sache näher zu treten, eine täglich erscheinende Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg, Herzogthum Anhalt zu schaffen. Es ist zu diesem Zweck eine Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten zu besorgen und alle Maßnahmen zu treffen hat, um das Werk zur Durchführung zu bringen. Daß Magdeburg diese Zeitung allein erhalten kann, wird nicht gut möglich sein, da müssen alle Ortsvereine und -verbände des betreffenden Bezirkes Stellung zu nehmen und uns mit allen Kräften unterstützen. Die brennende Nothwendigkeit wird uns die Unterstützung aller Kollegen sichern und bei etwas gutem Willen wird das Projekt, so schwer wie es scheint, ganz gut durchgeführt werden können. Um Mittel zu bekommen, sind Preßfondsmarken zum freiwilligen Beitrag angeschafft, außerdem sollen Antheilscheine herausgegeben werden. Darum werthe Verbandskollegen, soweit ihr in den betreffenden Bezirk wohnt, beschäftigt euch mal ganz ernsthaft mit dieser Frage, sucht in allen Kollegentreifen dafür Stimmung zu machen, damit wir endlich einmal eine Tageszeitung und somit eine Waffe, ein Aufklärungsorgan und Agitationsmittel bekommen, damit es uns leichter möglich ist, für die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage in weitere Kreise wirken zu können. Redner mit obigem Referate werden vom Ortsverband

Magdeburg kostenlos gestellt. Nähere Nachricht erteilt der Ortsverbandsschriftführer Emil Schröder, Magdeburg N., Luisenstraße 14. — In euch Kollegen liegt es, sorgt für das Zustandekommen einer Tageszeitung; denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg und viele Wenig geben ein Viel, vereinte Kräfte führen zum Ziel. Aug. Becker, Ortsverbands-Vorsitzender.

Zur Unterstützung der Bergarbeiter ging bis zum 25. Februar beim Verbandskassierer die Summe von 40 562,07 M. ein. Seit unserer Bekanntgabe in letzter Nummer der „Eiche“ flüchten dazu von unsern Vereinen: Berlin I 27 70, Berlin II 11,45, Berlin IV 13,30, Berlin VII 49 20, Bredow 26 85, Breslau II 14,70, Chemnitz 8,60, Ezerst 12,—, Döbeln 5,30, Friedenshütte 10,—, Leipzig-Ost 10,—, Liegnitz 9,10, Lindau 10,—, Rathenow 4,60, Ratibor 9,80, Schkeuditz 12,—, Stolp 6,90, Worms 12,80, Summa: 254,30 M. Bereits bekannt gegeben 1826,15 M. Im Ganzen 2080,45 M.

### Zur Mitgliederabstimmung betr. Erhebung von Extrabeiträgen.

In unserer am 11. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung hatten wir u. a. auf der Tagesordnung: Mitgliederabstimmung über den Antrag des Generalraths betr. Erhebung von Extrabeiträgen, und dürfte ich wohl die Spalten unseres Blattes in Anspruch nehmen, um auch unserer Meinung in dieser Frage Ausdruck zu geben und gleichzeitig das Resultat derselben hier darzustellen.

Der Vorsitzende, Kollege Friese, verlas zunächst den Antrag und meinte, daß die Mitglieder durch die verschiedenen Berichte in der „Eiche“, die sich theils für, jedoch zum größten Theil gegen den Antrag aussprechen, genügend aufgeklärt sein müßten. Im Weiteren kann er sich für Annahme des Antrages nicht erklären, und zwar aus dem einfachen Grunde, da bei öfterem Erheben von Extrabeiträgen die Mitglieder zurückgeschreckt würden, was den Verlust von Mitgliedern herbeiführen könnte. Im Uebrigen ist er der Ansicht, daß, wenn die Beiträge durch eine allgemeine Mitgliederabstimmung erhöht würden, dies von den Mitgliedern viel eher ertragen würde als die Erhebung von Extrabeiträgen. Redner stellt nun den Antrag zur Diskussion, an der sich mehrere Kollegen betheiligen.

Kollege Gorda sprach sich gegen den Antrag aus, indem er anführte, daß durch Annahme des Antrages dem Generalrathe eine allzu scharfe Waffe in die Hand gegeben, die er des öfteren in Anspruch nehmen könnte. Er betrachtet den Antrag als ein Glückwerk, indem gewissermaßen eine größere Unzufriedenheit unter den Mitgliedern platzgreife, wie es z. B. in der Krankenkasse die Erfahrung gelehrt hat. Kollege Sollasch giebt seinen Anschauungen in einer von ihm verfaßten Resolution Ausdruck, indem er die Versammlung um Annahme derselben ersucht. Die Resolution lautet:

„Die am 11. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung des Ortsvereins der Tischler und verwandten Berufsgenossen kann dem Antrage des Generalraths seine Zustimmung insofern nicht geben, da sie es nicht anerkennen kann, daß dadurch eine Verbesserung des Vermögensbestandes der Generalrathskasse herbeigeführt werden könnte, indem sie dieses nur als ein ganz geringes Nachwerk ansehen kann, was zur Folge haben könnte, unsere Mitglieder durch öftere Erhebung von Extrabeiträgen zurückzuschrecken, eventuell einen Verlust an Mitgliedern herbeizuführen.“

Im Gegensatz zu dem Antrage geben wir unserer Meinung dadurch Ausdruck, der Generalrathe möge in Erwägung ziehen, wenn obiger Antrag fallen sollte, durch eine allgemeine Mitgliederversammlung die Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. die Woche herbeiführen zu wollen.

Jedoch darf nicht, wie z. B. einige Berichte hervorheben, die Agitationsleiterfrage damit in Verbindung gebracht werden, sondern, wenn etwas in dieser Angelegenheit geschehen könnte, den Betrag zu den Mitteln, die jetzt den unbesoldeten Agitationsleitern zur Verfügung stehen, zu erhöhen, ferner den Zuschuß bei eventueller Anstellung von besoldeten Agitationsleitern (siehe Seite 158 des Protokolls der letzten Generalversammlung) ebenfalls zu erhöhen.

Im Weiteren können wir nur anerkennen, daß der Generalrathe wohl die Absicht gehabt habe, durch Erhöhung der Beiträge die Mitglieder nicht schwächen zu wollen, sondern obigen Antrag einer allgemeinen Mitgliederabstimmung zu unterbreiten.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. In Betreff der Abstimmung über den Antrag wurde beschlossen, da die Versammlung nur von 44 Mitgliedern besucht war, für Sonntag, den 19. Februar eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wozu die Mitglieder noch besonders eingeladen werden sollen.

Leider entsprach der Besuch dieser Versammlung nicht den gehegten Erwartungen, denn es waren noch weniger Mitglieder erschienen. In der Diskussion dieser Versammlung wurde vor der Abstimmung über den Antrag von sämmtlichen Rednern gegen denselben gesprochen und hauptsächlich die Erhöhung der Beiträge in Betracht gezogen. Kollege Gurlinski meinte hierzu, für die alten Mitglieder habe die Erhöhung der Beiträge kein Interesse mehr, weil sie keinen Nutzen davon hätten und vermöge ihrer langen Mitgliedschaft den jüngeren Mitgliedern im Nachtheil seien, während die letzteren bei einem erhöhten Wochenbeitrag auch die nöthigen Reise-, Arbeitslosen- und Ueberfiedelungsunterstützungen in Anspruch nehmen könnten. Dem widersprach Kollege Friese insofern, daß es den alten Mitgliedern zur Ehre gereichen müsse, wenn sie in bahnbrechendem Wege vor-

gegangen, der von den jüngeren weiter beschritten werde. Das ganze Streben gehe nur dahin, das Ziel, das sich die Deutschen Gewerksvereine vor mehr als 36 Jahren gesteckt, zu verwirklichen. Gerade die alten Mitglieder können in die Lage kommen, auch jetzt noch vom Gewerksverein Nutzen zu ziehen durch den Hilfsfonds, und z. B. nach Aussteuerung aus der Krankenkasse 10 Wochen Arbeitslosenunterstützung. Alles dieses könne aber nicht in Betracht kommen, wenn man den Vergleich ziehe mit anderen Organisationen, indem dieselben trotz der hohen Beiträge an Mitgliedern zunehmen. Als ein Fehler muß es betrachtet werden, daß die Deutschen Gewerksvereine von Anfang an zu niedrige Beiträge erhoben und jahrelang damit gewirtschaftet haben. Eben darum sind unsere Mitglieder zu verwöhnt und hält es sehr schwer, die Mitglieder davon zu überzeugen, daß zu einer straffen Organisation, den heutigen Verhältnissen entsprechend, auch genügende Geldmittel vorhanden sein müssen, wenn es gilt, für die guten Rechte der Arbeiter in einem Kampf mit dem Unternehmertum einzutreten. Wenn es auch wohl einige Mitglieder geben könnte, die dem Verein den Rücken lehren würden, falls eine Erhöhung der Beiträge eintreten sollte, so sei es jedoch um solche Mitglieder nicht schade, da sie eben das nötige Interesse für die Berufsorganisation nicht haben. Gleichzeitig erwähnt Redner die Opferfreudigkeit unserer Gegner und kommt zu dem Schluß, daß wir dasselbe leisten könnten, da wir in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung Jenen gleich ständen.

Da die Diskussion erschöpft, wird zur Abstimmung geschritten. Dieselbe ergab für den Antrag keine Stimme, gegen den Antrag 34 Stimmen, mithin ist der Antrag des Generalrats von uns abgelehnt.

Wir geben nun der Hoffnung Ausdruck, daß bei der allgemeinen Mitgliederabstimmung der Antrag mit überwiegender Majorität abgelehnt wird. Mögen die Mitglieder der Ortsvereine unsere Resolution beherzigen und dem Generalrat durch Zuschriften anheimsstellen, baldigst eine allgemeine Mitgliederabstimmung in Betreff der Erhöhung der Beiträge in die Wege zu leiten, falls obiger Antrag fallen sollte. Denn nur auf diesem Wege ist es möglich, unsere Reihen zu stärken und der Organisation eine Achtung gebietende Stellung zu verschaffen.

Nun will ich mir noch einige Worte gestatten in Betreff der Agitationsleiter, und zwar der besoldeten. Trotzdem zugegeben werden muß, daß unsere Organisation im Verhältnis zu anderen noch zu schwach ist, muß doch anerkannt werden, daß die Generalversammlung zu Düsseldorf den Antrag genehmigte, wonach es gestattet ist, daß einzelne Provinzen und Landesteile besoldete Agitationsleiter anstellen. Die Kosten trägt zur Hälfte der Generalrat bei mindestens 1000 Mitglieder. Leider hat sich bis jetzt noch nichts von einer solchen Anstellung merken lassen. Daher scheint es wohl angebracht zu sein, diese Frage wiederum anzuschneiden.

Nun sind ja wohl die Wahlen der unbesoldeten Agitationsleiter vollzogen, jedoch kann und muß man jeden Zweifel hegen, wenn man die Geschäftsordnung durchliest, daß die betr. Kollegen voll und ganz ihren Verpflichtungen gerecht werden können. Es wird in der Geschäftsordnung bald Unmögliches von diesen Leuten verlangt, umsomehr, da dieselben doch in einem Arbeitsverhältnis stehen und gewissermaßen durch ihre Tätigkeit in der Agitation dieses Verhältnis auf Spiel setzen. Es kann mithin diese Einrichtung garnicht den Zweck erfüllen, den sie haben soll.

Wenn man nun das Resultat der Wahlen betrachtet, und zwar will ich hier speziell den Osten heranziehen, da gerade hier noch ein ungemein großes Feld zur Agitation vorhanden ist, so enthalten die Wahlkreise I, II und III 1878 Mitglieder; davon haben für den unbesoldeten Agitationsleiter 337 gestimmt. Ich nehme nun an, daß in den Vereinen, wo die Stimmenabgabe fehlt, wie bei uns, die Meinung vorherrscht, nur für Anstellung eines besoldeten Beamten stimmen zu wollen. Mithin könnte man mit einem Bestande von 943 Mitgliedern rechnen. Sollte es da nicht möglich sein, die 1000 Mitglieder zusammen zu bekommen und hier im Osten einen besoldeten Agitationsleiter anzustellen? Denn gerade hier bei uns ist es höchst notwendig, die Agitation weiter auszubauen, um unsere Organisation zu stärken. Man hat es ja bei den Gegnern vor Augen, daß sich deren Reihen vermöge ihrer Beamten rapide verstärken. Selbstverständlich gehört dazu Geld und nochmals Geld. Wir haben bei uns zu diesem Zwecke vom 1. Januar d. J. ab einen Lokalbeitrag von vorläufig 5 Pf. pro Woche eingeführt. Es hat uns wohl Mühe gekostet, die Hälfte der Mitglieder zusammen zu bringen, denn ein Jeder wird wohl wissen, wie schwer es hält, in einem großen Verein von über 160 Mitgliedern die Hälfte zur Versammlung zu bekommen. Wir haben zwei Versammlungen abhalten müssen, um den statutarischen Pflichten nachzukommen, aber es ist uns gelungen.

Darum möchte ich den Kollegen der ersten drei Wahlkreise dringend ans Herz legen, folgt unserem Beispiele und zeigt, daß es Euch auf die paar Pfennige wöchentlich nicht ankommt, wenn wir dadurch in Vertretung unserer Verhältnisse eine Verbesserung erzielen können. Wenn wir nun mit einem Wochenbeitrag von 5 Pf. rechnen, so ergibt dies bei 1000 Mitgliedern jährlich 2600 Mk., dazu die Hälfte vom Generalrat, ergibt zusammen 3900 Mk. Mithin würde dieser Betrag reichen, um die Kosten für den Beamten zu decken. Wenn nun auch wohl beachtet werden muß, daß bei uns die Lohnverhältnisse noch lange nicht so dastehen, wie in anderen Landesteilen des deutschen Reiches, trotzdem die Preise für Lebensmittel

und Wohnung auf derselben Höhe sich befinden, so muß uns eben dieses ein Ansporn sein, durch fleißige Agitation unsere Organisation hier bei uns auf die Höhe zu bringen, die geeignet ist, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Wollen wir uns vornehmen, mit der Anstellung eines Beamten allen anderen Provinzen voranzugehen, in unseren Händen liegt es, nur der gute Wille muß vorhanden sein, und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Beschreiten wir denselben.

Zum Schluß will ich noch anführen, daß diese Zeilen nicht den Zweck haben sollen, einem Kollegen aus unserer Mitte zu dieser Stellung zu verhelfen, wie vielleicht angenommen werden kann; das liegt uns ganz fern.

G. Hollasch, Sekretär, Danzig.

## Differenzen in der Holzindustrie.

Nachdem für die Branche der Treppengeländerarbeiter in Berlin ein Tarifvertrag abgeschlossen, sind auch die Saloufearbeiter in eine Bewegung getreten um eine tarifliche Vereinbarung auf längere Dauer festzulegen und gleichzeitig eine Erhöhung der Löhne zu erreichen. Als Minimallohn wird verlangt: Für Anschläger 36 Mk. pro Woche, für Tischler 30 Mk., für Maler 30 Mk., für Maschinenarbeiter 30 Mk. und für Hilfsarbeiter 24 Mk. pro Woche. Unter den Forderungen befinden sich ferner folgende allgemeine Bestimmungen: Die Maximalarbeitszeit beläuft sich auf 52 Stunden pro Woche; Ueberstunden sind streng verboten. Das Reinigen der Maschinen und Arbeitsplätze ist während der Arbeitszeit zu verrichten und im Lohn zu bezahlen. Der Arbeitsnachweis der Organisationen der Saloufearbeiter wird von beiden Theilen anerkannt. Differenzen können nur zwischen den Arbeitgebern und der Organisation der Saloufearbeiter geregelt werden. Wo auf einzelnen Positionen mehr gezahlt wird und eine kürzere Arbeitszeit besteht, darf zu Ungunsten der Arbeiter nichts geändert werden. Der Tarif ist auf ein Jahr und zwar vom 1. März 1905 bis 1. März 1906 festgelegt und behält stets seine Gültigkeit auf ein weiteres Jahr, wenn er nicht zwei Monate vor Ablauf von einer Seite gekündigt wird. Maßregelungen dürfen auf Grund einer Verhandlung nicht stattfinden.

Diese Forderungen sind am 25. Februar eingereicht worden. Am letzten Montag sind ungefähr 200 Kollegen in den Ausstand getreten, doch steht zu erwarten, daß die in die Wege geleiteten Verhandlungen bald zu einem für die Arbeiter befriedigenden Abschluß gelangen. Voll bewilligt sind die Forderungen schon von der Firma Keller & Schulz. Da in dem Betrieb des bekannten Fabrikbesizers Freese schon lange der Achtstundentag durchgeführt ist, und wie allgemein bekannt der Betrieb nicht den geringsten Schaden dadurch erlitten hat, so wird sich die Bewilligung der oben genannten Forderungen auch bei den andern Unternehmern ermöglichen lassen.

In dem Streit der Tischler in den Stettiner Oberwerken ist bis jetzt eine Aenderung nicht eingetreten. Nach dort ist also ebenso wie nach Radeberg in Sachsen, wo Differenzen in den Eschbachschen Werken ausgebrochen sind, der Zug zu fernhalten.

Zur Lohnbewegung der Bautischler in Posen. Noch sind die Wunden des Lohnkampfes im Sommer 1903 auf beiden Seiten nicht vernarbt, und schon wieder droht ein neuer Krieg auszubrechen, der unter Umständen an Heftigkeit den Kampf von 1903 übertrumpfen kann.

Der 1903 geschlossene Friede war unter Bedingungen zu Stande gekommen, die den Kampf erübrigt hätten, nur den einen Vortheil haben die Gesellen davon, daß sie den Meistern bewiesen haben, daß man mit einer organisierten Arbeiterschaft rechnen muß, und daß es doch bedeutend vortheilhafter ist für beide Theile, wenn man sich nicht gegenseitig zerfleischt zur Freude des Dritten.

Der alte Lohnarif, der bis zum 1. April seine Gültigkeit hat, ist seitens der Gesellen zur rechten Zeit gekündigt worden in der Hoffnung, daß auf gutlichem Wege ein den inzwischen eingetretenen bitteren Lebensverhältnissen entsprechender Tarif aus ihm hervorgehe.

Vor der Vorlegung eines neuen Tarifs hat die Gesellenlohnkommission die Meister zu einer Besprechung über Schaffung anderer Lohnverhältnisse geladen, um zu hören, ob die Arbeitgeber zu Konzessionen geneigt seien. Hier wurde von letzteren die Vorlegung eines neuen Tarifs verlangt, diese ist nun inzwischen erfolgt und sollen die Arbeitgeber auch schon 1—2 Sitzungen gehabt haben, aus denen noch bis zu diesem Augenblick nichts besonderes bekannt geworden ist.

Die Forderungen des neuen Tarifs sind absolut nicht als übertrieben zu bezeichnen, wie dies von gewissen Seiten ausgesprochen wurde. Sie entsprechen, genau genommen, noch nicht einmal den Bedürfnissen eines menschenwürdigen Daseins für gelernte Handwerker, die für ihre Arbeiten verantwortlich sein müssen.

Was die Lebensmittelpreise in Posen anlangt, so sind diese doch recht bedenklich. Die Kartoffel kommt bei den Arbeiterfamilien zuerst in Betracht, in Posen muß der Zentner mit 3—4 Mk. bezahlt werden, außerdem sind die Fleischpreise in der letzten Zeit hier wieder gestiegen und man wundert sich, daß plötzlich das Gewicht des Brotes nach unten gerückt ist u. s. w. Und welche Ausichten hat

der kleine mittellose Mann, wenn die neuen Zollabschlüsse in Kraft treten? In den fiskalischen Kohlengruben Schlesiens soll den Arbeitern eine Lohnerhöhung infolge des letzteren Umstandes angekündigt sein, gewiß eine erfreuliche Handlung.

Nun kann man es doch wahrlich den Arbeitern in Privatbetrieben nicht verargen, wenn auch sie hinsichtlich der eben angeführten Umstände nach besseren Arbeitsbedingungen streben, namentlich eine bessere Entlohnung herbeizuführen suchen. Ganz besonders in Posen sind auch bei den Tischlern bessere Löhne angebracht.

Es wäre zu wünschen, daß bei den bevorstehenden gemeinschaftlichen Verhandlungen über den neuen Tarif in ruhiger und sachlicher Weise eine beide Theile befriedigende Einigung herbeigeführt werde; die Gesellen werden hierzu die Hand bieten, soweit es möglich ist, mögen das auch die Meister thun. Entbrennt der Kampf, so kann er bitter werden; die Gesellen sind sämmtlich gut organisiert. Der größte Theil unserer Arbeitgeber hat auch mit der Existenz zu kämpfen und für diese kann ein Streit den wirtschaftlichen Ruin zur Folge haben, während die besserstehenden einen Ausfall mit Leichtigkeit übertragen und daher ist wohl anzunehmen, daß die in der Mehrzahl vorhandenen weniger bemittelten Arbeitgeber sich nicht leichtsinnig in den Kampf stürzen werden. X.

## Technisches.

### Konkurrenzauskundschafterei in Amerika.

Von Gustav Sarchoff.

(Nachdruck verboten.)

Es dürfte in Handels- und Industriekreisen so ziemlich unbekannt sein, daß das Erspähen von Geschäftsgeheimnissen durch Inaugenscheinnahme der Betriebsmethoden in Fabriken u. s. w. seitens der Konkurrenz in Amerika sehr verbreitet ist und daß, wenn man bei solchen Vorhaben auf Hindernisse stößt, alle möglichen Mittel und Wege gesucht werden, um zum Ziele zu gelangen. Da Amerika nicht nur das Land der Erfindungen, sondern vor allem das Land ist, wo gute Erfindungen am ehesten ausgebeutet werden, so leben große Fabriken, die sich mit der Aufnahme guter Patente befassen, untereinander in ständigem Argwohn, ob nicht etwa die Konkurrenz ein besseres Verfahren in ihren Betrieb einschlägt und dgl. mehr.

Solange nun solche Fabriken unauffällig die Konkurrenzthätigkeit überwachen lassen, wird, wenn ein Ueberbieten auf dem Absatzmarkte stattfindet, der Wettbewerb noch nicht die schlimmsten Folgen haben. In der Regel fährt das dabei ruhig zuschauende Publikum am besten und schließlich kommt doch ein Stillstand in dieses Manöverieren und zwar dann, wenn die Minimalgrenze des Profits erreicht worden ist, die zu überschreiten den Anfang eines Geschäftsverlustes bedeuten würde. Das gegenseitige Sichaufreiben in derartigen Kämpfen führt auch indirekt zu Truistbildungen, wenn die Möglichkeit einer gedeihlichen Fortentwicklung nicht mehr gegeben ist. Das Bestreben, in solchen Fällen sich zu vereinigen und ein Monopol zu schaffen, um die Marktpreise zu bestimmen, geschieht nun meistens dort, wo verschiedene Industrieetablissemens dasselbe Interesse verfolgen. Oft hat aber auch diese Monopolwirthschaft starke Gegenströmungen beim konsumirenden Publikum erzeugt, weil die Preise für die Abnehmer enorm hoch wurden.

Man versteht nun aber vollständig die Verhältnisse in diesem Lande und auch den Geschäftssinn des Amerikaners, der seinen Endzweck immer darin sucht, stets ausgiebig Jagd nach dem Dollar zu machen, wenn man annimmt, daß durch einen Zusammenschluß großer Betriebe auch die Konkurrenz lahm gelegt wird. Damit soll gesagt sein, daß plötzlich von einer ganz anderen Seite eine Konkurrenz solchen Monopolgesellschaften erwachsen kann und zwar von einer Seite, wo es gar nicht vermutet wurde. Es sind Fälle vorgekommen, daß Fabriken plötzlich ganz neue Betriebe eingerichtet haben, um die durch Betriebsvereinigung mehrerer Fabriken geschaffene drückende Monopolwirthschaft zu durchbrechen.

Maßgebend für solche Schritte sind dann immer die Informationen gewesen, welche man auf Grund unauffälliger Beobachtungen, Erkundigungen u. s. w. herausbekommen hatte. Dergleichen Maßnahmen haben aber nur dann Erfolg, wenn es sich um Schaffung von Betrieben handelt, deren Einrichtung man offen vor Augen hat und versteht. Schwieriger gestaltet sich der Weg, wenn es sich darum handelt, Betriebsgeheimnisse zu erspähen. Wenn z. B. eine Aktiengesellschaft für Möbelfabrikation mit dem Erfinder eines neuen Ausziehtisches einen Vertrag abgeschlossen hat, daß sie gegen eine hohe Entschädigung dieses Patent ausnutzen will, so wird die Aktiengesellschaft auch sicher die Alleinhaberin des Patents sein wollen, um alle Konkurrenz aus dem Felde schlagen zu können.

Wenn nun z. B. solch ein Tisch, der in geschlossenem Zustande für 6 Personen Platz bietet, vermittels einer feinsinnig konstruirten Mechanik durch bloßes Drücken auf einen Knopf nach Belieben in einen Tisch für 12 oder 18 und noch mehr Personen verwandelt werden kann, so wird eine solche Erwerbung als strenges Geheimniß gehütet und die Konkurrenz sieht auf diese Weise wohl die Leistungsfähigkeit aber nicht die Spezialmaschinen, welche diese Mechanik herstellen.

Da nun, um einen jetzt gebräuchlichen Ausdruck zu nehmen, mit den unbegrenzten Möglichkeiten gerechnet werden muß, durch die

schließlich die Konkurrenz auf irgend eine Weise in den Stand gesetzt werden könnte, Vortheile zu erhaschen und nutzbringend anzuwenden, so werden solche Neuerungen an den Maschinen oft umkleidet, damit man die eigentliche Funktion nicht ersehen kann. Es ist bekannt, daß amerikanische Geschäftsleute für Nebenabsichten ein offenes Auge haben und deshalb ein Konkurrent besonders geschickt zu Werke gehen muß, wenn er nähere Informationen sich verschaffen will. Nimmt man z. B. den Fall an, daß es sich darum handelt, die Einrichtung eben erwähnter Spezialmaschinen, die die Mechanik für die Tische fabriziren, auszukundschaffen, so würden auf Grund vorgekommener Fälle etwa folgende Schritte unternommen werden.

Erste Methode. Bei dem Direktor der Aktiengesellschaft meldet sich ein Herr, der die Absicht kundgibt, große Lieferungen beziehen zu wollen, in Wirklichkeit aber ein sehr praktisch erfahrener Ingenieur ist. Bei einem Rundgang durch den Fabrikbetrieb sieht er sich insofern schon in seinen Hoffnungen getäuscht, daß alles das, was einer Würdigung seiner Aufmerksamkeit nöthig wäre, unzugänglich oder aber geschickt umkleidet ist oder verborgen gehalten wird. Eine erheuchelte Wirkbegierde seinerseits würde nun aber sehr verfehlt sein, da sie Mißtrauen erregen könnte. Zeigt nun in solchem Falle nicht der Direktor von selbst Einzelheiten an den Maschinen, so weiß auch der Ingenieur, daß er nichts ausrichten kann und daß auf andere Weise ein anderes Mal ein erneuter Versuch unternommen werden muß. In kluger Voraussicht, um nicht durch Unbedachtsamkeit das Vorhaben für immer zu zerstören, unterbleibt in solchem Falle jede direkte oder indirekte Anspielung daraufhin, jedoch beim Fortgange der Direktor immer noch das Gefühl haben kann, er habe mit einer Person zu thun gehabt, die ein guter Kunde werden kann. Eine zweite Methode ist die, daß man als Redakteur, Mitarbeiter, Verleger u. s. w. einer Fachzeitung sich einführt. Da nun aber in den meisten Fällen der Leitung solcher Aktiengesellschaften nicht im geringsten daran gelegen ist, daß Spezialmodelle ihrer Maschinen in Fachzeitungen veröffentlicht werden, so hat diese Methode am allerwenigsten Erfolg und ist es meistens so, daß der von einem Konkurrenten ausgesandte Herr Redakteur unverrichteter Sache abziehen muß. Der Zweck der nun folgenden dritten Methode ist schon schwerer zu ersehen, weil die Harmlosigkeit derselben auch vorsichtige Leute aufs Glatteis führen kann.

Aus einer entfernten Stadt erhält da eines Tages die Fabrikleitung die Nachricht, daß eine Reisegesellschaft die Sehenswürdigkeiten am Platze in den nächsten Tagen in Augenschein zu nehmen gedenke und auch ein besonderes Interesse daran habe, die Fabrikanlage zu besichtigen. Es folgen alsdann in dem Schreiben Schmeicheleien, die darin gipfeln, daß die Besucher selbst Verbraucher der Erzeugnisse und somit sich besonders darauf freuen, an Ort und Stelle das Entstehen derselben zu bewundern u. s. w. Da ein Massenbesuch einer Fabrikanlage mehr Obacht zwecks Wahrung der Fabrikgeheimnisse erfordert, so zeigen die Leiter einer Fabrik den Betrieb nur oberflächlich, wenn sie Argwohn gegen solche Besuche geschöpft haben. Da ferner jede einzelne Person bei einem solchen Besuch nicht so sehr in Augenschein genommen werden kann, so ist es möglich, daß durch Anwendung dieser Methode dennoch die Konkurrenz Vortheile erhaschen kann, namentlich dann, wenn jemand darunter ist, der unauffällig, aber scharfsinnig die Einrichtungen fixirt und auch dort hingehet, wo es nicht erlaubt ist, indem er z. B. absichtlich zurückbleibt und nicht bei der Kolonne sich aufhält. Wenn es der Fabrikleitung aber bereits bekannt ist, daß derartige Kundschafterdienste geleistet werden, so verbietet man lieber den Eintritt, indem man irgend einen Grund vor-schützt und sendet z. B. als Angebinde für die Theilnehmer der Reisegesellschaft schön ausgeführte Kellamen, um nicht die Verweigerung schroff erscheinen zu lassen.

Zum Schluß sei nun noch eine Methode vor den vielen anderen erwähnt. Es ist eine, sich zwecks Feststellung irgend welcher Unterlagen zum Besuche der Fabriken Amispersonen zu bedienen. Da aber die Amerikaner in solchen Personen nichts anderes sehen, als wenn ein gewöhnlicher Sterblicher erscheint, so bringt solcher Besuch oft nicht den gewünschten Erfolg.

In neuerer Zeit ist man nun auch von Amerika nach Europa gekommen, um hier Umschau zum Schaden der Industriezweige zu halten. Die Vereinigung der Exportkommissionsfirmen in Berlin sandte vor einiger Zeit an das Berliner Tageblatt zur Veröffentlichung eine Zuschrift, wonach ein Mr. Burgeß Europa bereise und im Interesse der keramischen Industrie der Vereinigten Staaten von Amerika bei den europäischen Staaten Porzellan- und Steingutfabrikanten Informationen sammle. Weiter heißt es dann, daß Herr B. bis vor kurzem noch selbst Steingutwaarenfabrikant in Trenton, Newjersey, war und es verwunderlich erscheint, daß er einen Bizekonsul der Vereinigten Staaten, Namens Paquet, zum Begleiter hat, welcher die zweifelhafteste Thätigkeit des Agenten der amerikanischen Industriellen durch seinen offiziellen Charakter erleichtern soll. Es ist ohne Weiteres klar, daß die ganze Thätigkeit des Herrn B. darauf hinausläuft, die deutsche Industrie zum Vortheil der amerikanischen Konkurrenz zu schädigen. Es sollen sich deshalb alle deutschen Fabrikanten, zu denen die Herren kommen, hüten, irgendwelche Angaben zu machen und sich auch durch den offiziellen Charakter des einen der beiden Herren hierzu in keiner Weise verleiten lassen. — Es ist leider eine Schwäche des deutschen Fabrikanten, daß er sich, sobald er glaubt, behördliche Interessen liegen vor, ohne erst zu prüfen, bis zum Schluß anhört und dabei sogar hilfreiche Hand leistet. Daß übrigens nicht alles in der neuen Welt praktisch

ist und daß der Dünkel des Amerikaners, daß er das einzige Wesen sei, in dessen Kopf sich großartig angelegte praktische Ideen formiren können, nicht immer zu Recht besteht, beweist z. B. die Thatsache, daß der Reformklub in New York unter dem Vorsitz eines Herrn W. E. Gotchlik es sich zur Aufgabe macht, amerikanische Stadtverwaltungen nach dem Muster deutscher zu reformiren. Die Magistrate der wichtigsten deutschen Städte haben dazu bereitwilligst das Material geliefert. Wenn auch durch solche Maßnahmen der deutschen Organisation nur Lob erwächst, so ist damit aber zugleich festgestellt, daß die Amerikaner von uns lernen wollen, dabei sich jedoch nicht immer der Offenheit bedienen.

### Aus der Rechtsprechung

#### in gewerblichen Angelegenheiten und dem Arbeiter-Versicherungswesen.

(Nachdruck verboten.)

**Ein wichtiger Grund zur Entlassung von Werkmeistern und Betriebsbeamten.** Der Inhaber eines Geschäftes war gestorben, und seine Erben, die nicht in der Lage waren, den Betrieb fortzusetzen, sahen sich daher veranlaßt, das Geschäft zu verkaufen und den angestellten Werkmeister ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist zu entlassen. Derselbe klagte daher gegen die Erben auf Fortzahlung seines Gehaltes bis zu dem Zeitpunkt, an welchem er nach den gesetzlichen Bestimmungen erst entlassen werden konnte, doch ist seine Forderung vom Reichsgerichte nicht gebilligt worden. Der § 133b der Gewerbeordnung — so heißt es nämlich in den Gründen — schreibt ja ausdrücklich vor, daß jeder der beiden Theile, Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer, die Aufhebung des Dienstverhältnisses fordern kann, wenn die besonderen Umstände des Falles ein solches Verlangen rechtfertigen. Das aber trifft hier zu. Die Behauptung des Klägers, die Erben hätten den Käufer des Geschäftes veranlassen können und müssen, mit dem Geschäft zugleich den Käufer zu übernehmen, kann nicht für richtig erachtet werden, denn dem Käufer eines Geschäftes kann ebensowenig wie dem Angestellten zugemuthet werden, den von einem anderen Geschäftsinhaber abgeschlossenen Dienstvertrag, der auf einem gegenseitigen Vertrauensverhältnis der Vertragsschließenden beruht, fortzusetzen. Die Erben des bisherigen Geschäftsinhabers könnten nicht dem Käufer des Geschäftes gegenüber die Uebernahme des Angestellten erzwingen, und sie könnten ja auch, wenn sie darauf beständen, in die Lage kommen, einen Käufer überhaupt nicht zu finden. Es kommt vielmehr nach richtiger Auffassung im Falle des Todes des Geschäftsinhabers allein darauf an, ob die Erben desselben für ihre Person im Stande sind, das Geschäft fortzusetzen. Ist dies nicht der Fall, so sind die Umstände so, daß ein wichtiger Grund im Sinne des § 133b der Gewerbeordnung gegeben ist, der die Aufhebung des Dienstverhältnisses rechtfertigt, gleichviel ob die Erben das Geschäft auflösen oder veräußern.

### Aus den Ortsvereinen.

**Düsseldorf.** Unter Anderem beschäftigte sich unsere am 25. Januar stattgefundene Mitgliederversammlung mit dem seinerzeit zwischen dem Arbeitgeberverband und der Schreiner-Zwangsinnung einerseits, sowie den drei am Orte bestehenden Arbeitnehmerorganisationen andererseits abgeschlossenen Verträge, welcher im Besonderen dazu dienen sollte, das Ueberstundenwesen in etwas zu regeln, weil man eingesehen hatte, daß die Herren Unternehmer die im Jahre 1898 durch Streit errungene neunstündige Arbeitszeit künstlich wieder zu verlängern suchten. Allgemein war man der Ansicht, daß der erwähnte Vertrag verbesserungsbedürftig sei, da sich im Laufe der Zeit allenthalben Mängel gezeigt haben. Versuchen es doch die Unternehmer, denselben vielfach zu umgehen, folgedessen Streitfragen in dieser Beziehung an der Tagesordnung sind. In besagtem Verträge ist u. a. festgelegt worden, daß auch die Arbeitgeberverbände in denjenigen Betrieben, wo die Normalarbeitszeit von neun Stunden noch nicht besteht, dafür streben wollen, daß sie dort eingeführt wird. Als Lohn muß es geradezu empfunden werden, wenn der Vorsitzende des Einigungsamtes, vor welchem dieser Vertrag zu Stande kam, es in den zwei Jahren noch nicht für notwendig hielt, den festgelegten Bestimmungen zu entsprechen, sondern noch heute in seinem Betriebe ruhig zehn Stunden arbeiten läßt. Unsere Mitglieder waren einstimmig der Ansicht, daß es unmöglich sei, dem Verträge in seiner jetzigen Gestalt am 1. Juni wieder zuzustimmen, sondern daß derselbe sehr verbesserungsbedürftig sei. Es fand sodann folgende Resolution einstimmige Annahme:

„In Anbetracht, daß während der Dauer unseres Vertrages es sich gezeigt hat, daß derselbe in mehreren Punkten abänderungsbedürftig ist, hält die heutige Versammlung des Gewerksvereins der Deutschen Tischler eine Erneuerung desselben für ausgeschlossen, wenigstens in der jetzigen Fassung. In der Erwägung, daß selbst durch die Verhandlungen am Einigungsamt es erwiesen ist, daß zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein allgemeiner Tarif für das Holzgewerbe zur Nothwendigkeit gehört, beauftragt die Versammlung den Vorsitzenden, eine Anfrage an die beiden andern, dem Einigungsamte angeschlossenen Arbeitnehmerverbände zu richten, wie sie sich zu dieser Frage stellen und ob sie gewillt sind, eine gemeinsame Kommission zur Ausarbeitung eines allge-

meinen Tarifs zu wählen. Geleitet von der Ansicht, daß ein getrenntes Vorgehen der Verbände die Durchführung erschwert, wäre eine Uneinigkeit in dieser Frage zum Schaden der Holzarbeiterschaft Düsseldorfs, und zu bedauern. Die Antwort ist der nächsten Versammlung zur weiteren Beschlußfassung zu unterbreiten.“

Nach Erledigung dieses Punktes gab der Kassirer den Jahresbericht bekannt. Demnach betrug die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1903 122. Neu aufgenommen wurden 58, überfiedelt sind 17, abgereist 28, ausgetreten 9, gestrichen wegen Nichterfüllung ihrer statutarischen Pflichten 22 Mitglieder, während ein Kollege sich dem Vaterland, dem Theuren, zur Verfügung stellen mußte. Es bleibt also ein Mitgliederbestand von 137 zu verzeichnen. Die Geschäfte des Ortsvereins wurden erledigt in 23 Mitgliederversammlungen, sowie in 21 Ausschußsitzungen. Außerdem fanden 3 öffentliche Versammlungen statt. Es tagten weiter 4 ordentliche und 5 außerordentliche Einigungsamtsitzungen, 13 Lohnkommissionsitzungen und 21 Werkstättenversammlungen. In 11 Fällen wurde die Lohnkommission bei verschiedenen Firmen vorstellig und kam es bei 2 derselben zum Streit, und zwar bei Gebr. Schöndorff, sowie bei Habersang & Zinsen. Während ersterer nach kurzer Dauer zu Gunsten der Kollegen beendet werden konnte, mußte letzterer infolge des Vorhandenseins solcher Elemente, welche es als ihre Aufgabe betrachten, den um ihre Existenz kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen, aufgegeben werden. Die Jahreseinnahme aller Klassen betrug die Summe von 2820,56 Mk. An Streit-, Maßregelungs-, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, sowie Ueberfiedelungsbeihilfe wurden gezahlt 740,62 Mk. Ferner wurden für Rechtschutz 34,95 Mk., für Bildungszwecke 49,60 Mk. und schließlich an Krankengeld 299,60 Mk. verausgabt. Soweit der Bericht. — Kollegen, aus Vorstehendem ersehen wir, daß unser Ortsverein zwar aufgenommen, jedoch nicht in dem Maße, wie es eigentlich wünschenswerth ist. Hoffen wir, daß hier ein Umschwung erfolgt. Ein Jeder betrachte es als Ehrensache, dem Gewerksverein im Laufe des Jahres wenigstens ein neues Mitglied zuzuführen. Dann werden auch die Illusionen unserer Gegner zu schanden werden.

S. Appel.

— **Abstimmung über den Antrag des Generalraths,** so lautete der wichtigste Punkt in unserer Mitgliederversammlung vom 18. Februar. Die Meinungen über diesen waren innerhalb unseres Ortsvereins getheilt. Für denselben wurde geltend gemacht, daß durch die wirtschaftlichen Kämpfe in den letzten Jahren das Vermögen des Gewerksvereins von 88 000 auf 38 000 Mk. gesunken sei. Eine selbstverständliche Pflicht des Generalrathes sei es, wenn derselbe dahin strebe, daß die laufenden Einnahmen die Ausgaben decken. Bei einer ev. eintretenden Krise, und mit einer solchen müsse jederzeit gerechnet werden, werde unser Gewerksverein seinen Aufgaben nicht gewachsen sein, wenn nicht in Kürze ein Ausgleich geschaffen werde. Durch Annahme des Antrages sei dem Generalrath die Möglichkeit gegeben, ohne vorhergehende Kosten (Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung u. s. w.) je nach Bedarf das Grundvermögen nach und nach zu erhöhen. Wenn das endgiltige Resultat der Abstimmung die Annahme der Vorlage ergebe, sei doch zu wünschen, daß der Generalrath die Erhöhung der Beiträge anstrebe. Als Gegengründe wurden angeführt, daß durch Annahme dieses Antrages unendlich viel Wirrwarr und Unzufriedenheit entstehen würde. Das fortwährende Steigen und Fallen der Beiträge gleiche einem Börsengeschäft und mache die Kollegen nur kopfschüttel. Der jetzige Zustand, wonach auf Kosten der Allgemeinheit für die östlichen Provinzen ein besonderer Beamter thätig sei, sei ungerecht und würde auch hier ein Ausgleich geschaffen werden müssen. Daß ein derartiger Passus, den Generalrath zu ermächtigen, in bestimmten Fällen Extrabeiträge zu erheben, ins Statut gehöre, unterliege keinem Zweifel. Doch für den Zweck, wie er hier angestrebt wird, sei nur die Beitragserhöhung anzuzuführen. Die sodann folgende Abstimmung ergab, daß die große Majorität der Anwesenden sich gegen den Generalrathsantrag erklärte. Unter Verschiedenes wurde noch auf einen Artikel des christlichen Holzarbeiterverbandes verwiesen. In diesem wurde von Düsseldorf berichtet, daß die in dem Betriebe von Gebr. Schöndorff, der Hochburg des deutschen Holzarbeiterverbandes beschäftigten Mitglieder jenes Verbandes einen christlich organisirten Kollegen terrorisirten und zwar in einer Weise, welche geradezu Abscheu hervorrufen muß. Besonders beliebt waren demnach folgende Ausrufe der der Gesellschaft für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit angehörenden Brüder: „Gelobt sei Jesus Christus“, „Pfaffenbruder“, „Die Weihwasser“ u. s. w. Nun, der Kollege hatte Rückgrat und blieb seiner Ueberzeugung treu. Daß der deutsche Holzarbeiterverband ein Recht hat, sich sozialdemokratisch zu nennen, dürfte derselbe auch im Laufe der Woche bewiesen haben. Zweck Aufnahme einer Statistik (deren Werth auch von anderen Organisationen anerkannt wird) ließ derselbe in den letzten Tagen Fragebogen zirkuliren. Unter Anderen befanden sich auch die Fragen: Bist Du politisch organisiert? Nimmst Du die Düsseldorfer Volkszeitung? (das Düsseldorfer sozialistische Parteiorgan). Es dürfte jedenfalls anerkennenswerth sein, wenn man das, was man früher so gerne abstrikt, heute ohne Weiteres zugiebt. Hoffentlich ziehen unsere Kollegen aus derartigen Vorgängen die richtigen Schlußfolgerungen.

P. Mat.

**Landesberg a. W.** Daß die Erkenntniß, nur durch einmüthiges Zusammenarbeiten könne der Arbeiterstand etwas erreichen, auch in unseren Mitgliederkreisen noch nicht sehr tiefe Wurzeln geschlagen, und das alte Sprichwort, Einigkeit macht stark, auch in unsern

eigenen Reihen noch nicht überall das nötige Verständnis gefunden hat, zeigen die letzten Vorkommnisse in den beiden hiesigen Ortsvereinen der Tischler. Mehrfache Lohnbewegungen, welche in den letzten Jahren hier in verschiedenen Betrieben durchzuführen waren, zeigten dem aufmerksam beobachtenden Kollegen die Mißverhältnisse, welche für uns Gewerksvereiner darin bestehen, daß in den in Betracht kommenden Werkstätten die Angehörigen der anderen Organisationen ein geschlossenes Ganze bilden, die Mitglieder unseres Gewerksvereins aber theils zum Ortsverein I, theils zum Ortsverein II zu rechnen sind. Auch bei der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder haben sich Verhältnisse herausgebildet, welche geeignet sind, unsere Organisation der Lächerlichkeit preiszugeben. Der unfaire Wettbewerb, welcher sich doch, wenn die Mitglieder für Vergrößerung ihres eigenen Vereins einreten wollen, unbedingt ergeben muß, führt dahin, daß fremde mit unseren Organisationsverhältnissen nicht vertraute Kollegen sich überhaupt nicht dem Gewerksverein anschließen, sondern einer anderen Organisation beitreten. Auch die weitere Erwägung, daß namentlich der Beschluß der letzten Generalversammlung, betreffs Ueberlassung von 25 Proz. der Einnahme zur Bestreitung der Bedürfnisse am Orte, in seiner ganzen Bedeutung wesentlich darauf hinausläuft, möglichst starke Vereine zu bilden, um eine Zersplitterung der Ausgaben zu vermeiden, und mehr als bisher mit größeren Mitteln die Agitation am Orte zu fördern, ließ die Frage der Verschmelzung der beiden hiesigen Ortsvereine wieder brennender werden. In einer am 9. Februar abgehaltenen gemeinsamen Ausschußsitzung beider Vereine bestand auch volle Uebereinstimmung in der Verschmelzungsangelegenheit und wurde beschloffen, daß jeder Ausschuß die Mitglieder seines Vereins durch Circulare zu einer am 18. Februar einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung beider Vereine einladen soll. Der Ausschuß vom Ortsverein Landsberg II hat diesem getroffenen Abkommen gemäß gehandelt, nicht aber die Kollegen vom Bruderverein. Zu unserem Bedauern müssen wir sogar konstatieren, daß der Vorsitzende desselben, gegenüber seinen eigenen Mitgliedern, welche wegen der Versammlung Anfrage an ihn richteten, die Sache ins Lächerliche zu ziehen suchte, und eine durchaus nicht dem Ernst und der Wichtigkeit der Angelegenheit entsprechende Antwort gab. Der Besuch der Versammlung entsprach denn auch diesen Vorbereitungen. Ortsverein II war durch 34 Mitglieder vertreten, während vom Ortsverein I sage und schreibe 2 Mann erschienen waren. Aufklärung sollte uns folgendes kurz vor Eröffnung der Versammlung unserem Vorsitzenden durch Eilbrief zugestellte Schreiben bringen:

Landsberg a. W., den 15. Februar 1905.

Herrn Otto Schmudel

Werther Genosse! Wie erinnerlich, sollte heute Abend eine Versammlung mit unserem Verein stattfinden. Unsere Mitglieder wollen davon nichts wissen. Sie halten sich an der Abstimmung von unserer Versammlung, wonach jeder für sich bleibt. Damit ist also die Sache erledigt.

Mit Gruß

Der Ausschuß des Ortsvereins der Tischler I.  
S. N.: Otto Balke.

Die Abhaltung der Versammlung war unter diesen Umständen zwecklos geworden, und wird man abwarten müssen, wie sich die Sache weiter entwickelt. Da aber der Sekretär des Ortsvereins Landsberg I anwesend war, so konnte sofort festgestellt werden, daß er von dem Schreiben seines Vereinsvorsitzenden keine Ahnung hatte, sowie auch, daß über die Frage in dem Verein abgestimmt wurde, ohne daß dieselbe auf die Tagesordnung gestanden hätte. Nach welcher Geschäftsordnung der Bruderverein seine Vereinsangelegenheiten erledigt, soll uns gleichgültig sein, aber soviel scheint uns aus der Behandlung der Frage hervorzugehen, daß an den maßgebenden Stellen im Ortsverein I entweder das nötige Verständnis für die Verschmelzung fehlt, oder persönliche Rücksichten mitsprechen. Aufgabe der Kollegen im Ortsverein II wird es daher sein müssen, auch unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen mit allen Mitteln die Reihen der Vereinsmitglieder zu stärken, vielleicht sehen dann auch noch einmal die Kollegen unseres Brudervereins ein, daß der Gewerksverein der Tischler in Landsberg a. W. mehr erreichen kann, wenn seine Mitglieder nur in einem, in jeder Beziehung großen, kräftigen und leistungsfähigen Verein zusammengeschlossen sind. Hoffentlich kommt dieses Einsehen nicht zu spät.

— Unsere letzte Monatsversammlung nahm einen recht anregenden Verlauf. Nachdem die Kassenberichte bekannt gegeben, und die Aufnahme einiger neuer Mitglieder vollzogen war, wurde in eine Besprechung der zu den geplanten Extrabeiträgen in der „Eiche“ veröffentlichten Zuschriften eingetreten. Peinlich empfunden wurde es, daß Kollege Fallischeer-Ulm anscheinend den Allerweltslehrer spielen wolle, dieser doch aber bedenken möge, daß ihm die beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Kollegen in den Ortsvereinen Norddeutschlands vollständig unbekannt sind. Auch die Beihiligung an den Wahlen der Bezirksagitationsleiter wurde noch einmal erörtert und allgemein die Ansicht vertreten, daß sich aus der Beihiligung auch der Grad des Interesses an der Einrichtung erkennen lasse. Die Bedenken, welche Kollege Meinde-Posen in einer besonderen Notiz gegen die von uns geübte Beurteilung der Angelegenheit geltend machte, können wir nicht theilen; geben uns vielmehr der Hoffnung hin, daß eine gesunde Kritik auch die gewünschten Erfolge zeitigen werde. Nachdem noch zu einer für den Bendix'schen Betrieb einzuberufenden Werkstattsitzung Kollege Schmude

als Unparteiischer delegiert worden, trat Schluß der Versammlung ein. Die nächste Versammlung findet am 12. März statt und ist vollzähliges Erscheinen erforderlich. D. S.

Duisburg. In der am Sonntag, den 12. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung des Ortsvereins der Tischler (Schreiner) hieselbst, standen zwei wichtige Punkte auf der Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Bernard „Das Vertrauensmännersystem“ und Antrag des Generalraths betr. „Extrabeiträge“. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung und Verlesung des Protokolls erhielt Kollege Bernard das Wort zum Vortrag. In ungefähr einhalbstündiger Ausführung weist der Referent auf die Nothwendigkeit und Wichtigkeit der Ernennung oder Wahl von Vertrauensmännern für diejenigen Betriebe hin, in welchen die Gewerksvereine vertreten sind. Zu bedauern sei, daß wir in dieser Hinsicht auch wieder die anderen Organisationen zuborkommen ließen. Es sei aber selbst jetzt noch nicht zu spät, das Versäumte nachzuholen und müsse die bevorstehende Lohnbewegung ein weiterer Ansporn sein, sofort das Vertrauensmännersystem einzuführen. Auch die gewissenhafte Ausfüllung der ausgegebenen Fragebogen sei ein nothwendiges aber auch geeignetes Mittel, einen genauen Einblick in die bestehenden Mißstände zu erlangen. Wenn auf diese Weise Ausschuß, Vertrauensmänner und Mitgliedschaft Hand in Hand arbeiten, werde es auch möglich sein, bessere Lohn- und Arbeitszeitbedingungen für die Holzarbeiter Duisburgs zu erringen. Reicher Beifall lohnte den Vortragenden. In einer sehr regen Diskussion wurden verschiedene in einzelnen Betrieben bestehende Mißstände zur Sprache gebracht und die Aufgaben der Vertrauensmänner, wie Einkassirung der Beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder, Vertheilung der „Eiche“, Bericht über Werkstattsverhältnisse u. s. w. eingehend erörtert. In seinem Schlußworte ermahnte der Referent Bernard nochmals zu reger Mitarbeit. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung verliest der Vorsitzende den Antrag des Generalraths. Derselbe weist auf die Nothwendigkeit zur Erhebung von Extrabeiträgen hin, hat aber Bedenken, da dieselben bloß Verwirrung und Mißtrauen bei den Mitgliedern hervorbringen werden. Er erkläre sich für Erhöhung des Beitrags um 5 Pfg. pro Woche und Mitglied. Nachdem dieser Punkt sehr reger debattirt worden, stimmten sämmtliche Mitglieder dem Vorschlag des Vorsitzenden zu bis auf zwei, welche gegen jede Erhöhung der Beiträge gesprochen hatten, weil ein Verlust von Mitgliedern zu befürchten sei. Die Befürchtungen der zwei alten Mitglieder wurden von den Kollegen Lohaus sowie Bernard widerlegt, weil wir, seit die Beiträge erhöht sind, keine Mitglieder verloren, sogar noch 14 neu aufgenommen haben. Es wäre ein trauriges Zeichen für alte Kollegen, daß dieselben, anstatt die jüngeren Kollegen zur Opferfreudigkeit aufzufordern, gegen jede Beitragserhöhung protestiren. Es geht zu diesem Punkte der Tagesordnung folgender Antrag ein: „Den Antrag des Generalraths abzulehnen, einen ständigen Beitrag von 5 Pfg. pro Woche und Mitglied anzunehmen, da die Verhältnisse es erfordern“ (Bernard). Ueber diesen Antrag wurde abgestimmt, derselbe von 21 anwesenden Mitgliedern mit 19 gegen 2 Stimmen angenommen. Ortsverbandsvertreter Schmitz giebt bekannt, daß am 5. März in Hochfeld-Duisburg eine öffentliche Verbandsversammlung stattfindet, in welcher Kollege Erkelenz über die Tagespresse referiren wird, in kurzem auch eine öffentliche Versammlung einberufen wird zur Gründung eines Frauenvereins, da schon 12 Frauen ihren Beitritt erklärt haben. Im Verschiedenen machte Kollege Lohaus auf die Handwerker-Krankentassenwahl aufmerksam und fordert die Mitglieder auf, für dieselbe nach Kräften zu agitiren. Er bedauert zugleich, daß die andern Ortsvereine, ausgenommen die Schreiner und Maschinenbauer II, es nicht für nöthig befunden haben, Vertreter aufzustellen, wo doch die Christlichen uns mit den niederträchtigsten Mitteln aus dem Vorstande zu verdrängen suchen. Wir wollen aber hoffen, daß sämmtliche Ortsvereine sich an den am 14. März stattfindenden Fabrik- und Baugewerbewahlen zur Ortskrankenkasse besser betheiligen, weil wir jetzt bei einer sehr regen Wahlbetheiligung mit 36 Stimmen Majorität gestiegen haben. Nachdem noch die Zuschrift vom Kollegen Kreil-Eberfeld verlesen und auf die Antheilscheine zum Projekt II (Zeitungsfrage) aufmerksam gemacht wurde, und die Aufnahme von drei neuen Mitgliedern ausgesprochen war, schloß der Vorsitzende Kollege Böhnisch die Versammlung um 1 $\frac{1}{4}$  Uhr Nachmittags. Anton Pampuch.

Ueberlingen. In einer am 5. Februar hieselbst stattgehabten öffentlichen Versammlung unseres Ortsvereins referirte Kollege Bleicher-Augsburg über das Thema: „Die deutsche Arbeiterbewegung und die Gewerksvereine.“ In großen Zügen giebt Redner eine Geschichte der Arbeiterbewegung Deutschlands seit dem Jahre 1848, und wies darauf hin, daß die Organisation der deutschen Buchdrucker als älteste und mustergrößte anzusehen sei. In England, welches man als Wiege der Arbeiterorganisationen bezeichnen kann, lernte Dr. Hirsch, welcher sich im Jahre 1867 auf einer Studienreise dort befand, die Gewerksvereine kennen, und gab bei seiner Rückkehr Anregung, solche auch in Deutschland zu begründen. Diese Anregung fand lebhafteste Zustimmung und schon im Jahre 1868 traten mehrere Berufe zu Orts- resp. Gewerksvereinen zusammen. Fast zu gleicher Zeit wurde seitens sozialdemokratischer Führer Arbeitervereinigungen begründet, aus welchen sich nach vielfachen Wandlungen die heutigen freien Gewerkschaften entwickelten. Kurz wurden vom Referenten auch die christlichen Vereinigungen gestreift. Redner begrüßte es mit

Freuden, daß sich der Gedanke der Organisirung der Arbeiter immer mehr Bahn breche. Denn nur einer starken Arbeitervereinigung werde es möglich sein, auf Abstellung bestehender Mißstände erfolgreich einwirken, und die wirtschaftliche Lage des gesammten Arbeiterstandes bessern zu können. Redner kam sodann noch auf den Streik im Ruhrrevier zu sprechen, und wies auf die Sympathien hin, welche das Vorgehen der Bergarbeiter in allen Bevölkerungskreisen gefunden habe. Mit der Aufforderung, die noch nicht Organisirten mögen sich dem Gewerksverein anschließen, beendete der Vortragende seine interessanten Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt, 8 Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Eine zur Unterstützung der Bergarbeiter vorgenommene Sammlung ergab die Summe von 5,60 Mk. Mit Dankworten an den Referenten schloß Vorsitzender S a u s e r die Versammlung. Chr. W ö f n e r, Sekretär.

**Ansbach.** Der Ortsverein der Tischler hielt am Sonntag, den 12. Februar, im „Gasthaus zum Halbmond“ seine Monatsversammlung ab, welche in Abwesenheit des Vorsitzenden vom Vertrauensmann M e n n e l geleitet wurde. Nach Bekanntgabe des Monatsberichts wurde im Geschäftlichen ein Einlauf vom Ortsverband Fürth behandelt, in welchem gebeten wird, den dortigen Frauen-Ortsverein zu unterstützen. Diesem Gesuch wurde von der Versammlung entsprochen, indem am nächsten Sonntag eine Sammelliste zirkuliren soll. Genosse K r e i l - E l b e r f e l d regt die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung an. Dem wird mit Freuden zugestimmt und soll dieselbe am 13. März stattfinden. Ferner gelangten die Streikmarken zur Ausgabe, wobei die Mitglieder durch Kauf reges Interesse zeigten. Ein vom Genossen W e b e r zur Verlesung gebrachter interessanter Artikel aus der „Wacht“ gab Veranlassung zu dem Beschluß, daß ähnliche Sachen öfter in den Versammlungen vorgelesen werden sollen. Den Schluß der Versammlung bildete das Vertrauensmännerstystem; hierbei mußten für zwei Genossen, welche ihre Aemter niederlegten, zwei andere aufgestellt werden. F r i e d r i c h W e b e r, Sekretär.

**Berlin und Umgegend.** Achtung! Modelltischler. Am Dienstag, den 7. März, Abends 8 1/2 Uhr, findet im Verbandsbause, Greifswalderstr. 221-223, eine Branchenversammlung aller in den Deutschen Gewerksvereinen organisirten Modell- und Fabrik-tischler statt. Auf der Tagesordnung steht Bericht des Obmanns. Die Vertrauensmänner haben für Bekanntgabe dieser Anzeige Sorge zu tragen. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht der Betheiligten. — Mitgliedsbuch legitimirt.

**An die rheinisch-westfälischen Ortsvereine!**  
Am 19. März, Vormittags 11 Uhr, findet in E l b e r f e l d, Kaiserstr. 8, im Lokale des Herrn P i k e r die Konferenz der rhein-westf. Ortsvereine statt. Wir machen die Ortsvereine nochmals dringend darauf aufmerksam, daß es bei der Wichtigkeit der Tagesordnung unter allen Umständen nöthig ist, daß jeder Ortsverein zu der Konferenz wenigstens einen Vertreter entsendet. Auch der Generalrath hat sein Erscheinen zugesagt. Ferner bitten wir, uns die Vertreter bekannt zu geben.  
Die Agitationskommission für Rheinland und Westfalen.  
A. Z e b e l, Schriftführer.

### Briefkasten der Redaktion.

**S. L. in G. und Agitationsleiter M.** Mehr Exemplare unserer „Eiche“ könnten schon längst nach dort gehen, wenn solche nur durch eine einfache Postkarte gefordert wären. Im Interesse einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung hätte es gelegen, wenn Kollege M. seine Anwesenheit in G. am 22. 2. dazu benutzt hätte, dafür zu sorgen, daß der Abschluß pro Monat J a n u a r dem Bureau übersandt wurde.  
**P. M. in D.** Beide Berichte finden Sie in heutiger Nummer. Die Bekanntgabe, daß Aufnahme wegen Raummangel nicht früher möglich war, ist leider im Drang der Geschäfte unterblieben. Besondere Gründe lagen nicht vor. Hoffentlich werden die Ihnen gemachten Vorwürfe nicht zu arg ausfallen.  
**Versammlungsberichte** aus Gzerst, Palschan, Kaiserlautern, Rothenthal, Witttenberge u. A. mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

## Ämtlicher Theil.

Aus der 35. Bureau-sitzung vom 27. Februar 1905.

**Arbeitslosenunterstützung**, pro Wochentag 1,50 Mk., erhalten: 9625 T o p e l - B ü t t o w v. 28. 2., mit Einrechnung der seit Oktober 1904 erhaltenen Unterstützung; — 1868 G r u n e r - D r e s d e n v. 26. 2.; — 2213 W e i n e c k e - E r l a n g e n v. 1. 3.; — 7205 B l a u - G r a b e n v. 5. 2. bis event. 4 Wochen; — 13 084 G a ß - H a l b e r s t a d t eingetreten am 1. 3. 1903, vom 7. 3.; — 3925 L i n k e - L e i p z i g - V i n d e n a u v. 2. 3., nur event. bis 4 Wochen; — 4769 J a h n k e - B a s e w a l l v. 1. 3., nur bis event. 4 Wochen; — 4993 W i e n s t r u c k - R a t h e n o w v. 28. 2.; — 9927 R i c h t e r - S p r o t t a u v. 27. 2.  
**In Arbeit gemeldet:** 2212 T r e u h e i t - A n s b a c h am 22. 2.; — 10 904 S c h m i d t - S t e t t i n - B r e d o w am 21. 2.; — 720 S t r ü b i n g - B e r l i n (Königsstadt) am 18. 1.; — 10 858 K ö r n e r - B e r l i n (Piano-

fortarbeiter) am 7. 2., bei beiden Besten tritt § 4 g in Kraft; — 4877 L a n g e r - D r . - P i e s c h e n am 21. 2.; — 6967 D u l l e i - E l b i n g ist nach neuester Meldung nicht am 20. 1. in Arbeit, sondern am 12. 2. mit 4 Wochen ausgestellt; — 2075 P o t r a f f e - E l b i n g am 26. 2.; — 8282 B ü h l - N e u s t a d t a. S. am 20. 2.; — 10 099 P o h r - N e u - U l m am 30. 1. findet 1. § 4 g Anwendung; — 4242 S a d e r - M a n n h e i m am 20. 2. ausgestellt; — 4667 E h l e r t - B a s e w a l l am 22. 2. mit 4 Wochen ausgestellt; — 11016 S c h r ö d e r - P l e i t e n b e r g am 19. 2.; — 4535 G r a ß - N o w a m e s am 27. 2.; — 5019 W e h e r - R a t h e n o w am 22. 2. ausgestellt; — 5025 B a u m g a r t am 21. 2.; — 5917 G r a w - S t e t t i n durch am 11. 2. erfolgte Erkrankung beendet; — 8865 S a n e l - S t e t t i n durch militärische Übung erledigt.

**Nach Streik bezw. Aussperrung:** Aus Berlin (Königsstadt) 7015, 12 800, 12 265 am 14. 2. und 16 168 am 16. 2.; — Stettin I 14 529 am 17. 2.; — Mannh. im 4275 am 24. 2.

**H. Vahlke,** Vorsitzender. **W. Zielke,** Schatzmeister. **P. Bambach,** Generalsekretär.

### Bekanntmachung.

Die Kassierer der Ortsvereine Chemnitz, Elberfeld, Erfurt, Gera, Glogau, Kempten, Langensöls, Rathor, Rothenthal, Saarbrücken und Zerbst haben bis zur Stunde weder die Geldsendung noch den Abschluß nebst Kontrollstreifen pro Monat Januar eingesandt.

Die Vorsitzenden dieser Ortsvereine werden hiermit auf das Bestimmteste aufgefordert, für die sofortige Absendung der Gelder und Abschlüsse Sorge zu tragen, widrigenfalls dem Generalrath Vorlage gemacht werden muß.

Außerdem muß auf das Lebhafteste bedauert werden, daß es zum größten Theil kleinere und immer ein und dieselben Vereine sind, welche sich nicht an der pünktlichen Einsendung der Abschlüsse gewöhnen können. Sollte sich dieses zum öfteren in diesem Jahr wiederholen, so können die Kassierer solcher Vereine für das Jahr 1906 nicht bestätigt werden.

Berlin, den 28. Februar 1905.

W. Zielke, Schatzmeister.

### Versammlungen.

März.

- Ansbach.** 12. Nachm. 3 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Halbmond“. Beitrags., Gesch.
- Augsburg.** 4. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffee National“, am Ostmarkt. Gesch., Beitrags.
- Barmen.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. zur Post“, Winklerstr. 26. Beitrags., Versch.
- Berent.** 12. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. F i l l b r a n d t (Herberge). Gesch., Beitrags.
- Berlin (Erster).** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. A d a l b e r s t r . 21. Gesch., Beitrags.
- Berlin (Abt. 1st.).** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. K o p p e n s t r . 65. Gesch., Beitrags., Wahl eines Sekretärs.
- Berlin (Abt. 2nd.).** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. S c h m i d t, T h u r m s t r . 18. Gesch., Beitrags., Werkstattangelegenheiten.
- Berlin (West).** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. G r . - G ö r s c h e n s t r . 29. Beitrags., Gesch., Werkstattangelegenheiten.
- Berlin (Nord).** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. B r u n n e n s t r . 143. Gesch., Beitrags.
- Berlin VI (Piano-Ort.).** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. K ö p e n i e r s t r . 168. Gesch., Beitrags. — Die Zeitschrift für Musikinstrumentenbau liegt aus.
- Berlin VII (Modell- u. Fabrik-tischl.).** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. S c h u b e r t, Gerichtstr. 71. E d e K u n s t l e s t r . Gesch., Beitrags.
- Berlin (Vorortskommission).** Jeden Donnerstag nach dem 1. eines jeden Monats im „Verbandsbause“, Greifswalderstr. 221-223.
- Berlin.** Diskutierklub der Deutschen Gewerksvereine (D. G. V.). Sitzung je den Mittwoch Abends 8 1/2-10 1/2 Uhr, im Verbandsbause, Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen.
- Berlin.** Sängerkorps der Deutschen Gewerksvereine (D. G. V.). Jed. Donnerstag, Abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im „Verbandsbause“, Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen.
- Berlin.** Theater-Verein „Eiche“. 13. Abds. 9 Uhr, Sitzung b. W o l l s c h l ä g e r, Adalbertstr. 21.
- Beuthen.** 4. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Feldschlößchen“. Gesch., Beitrags.
- Biberach.** 5. Nachm. 3 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Schwan“. Gesch., Beitrags.
- Böckst.** 12. Vorm. 11 Uhr, Vers. im „West. Matsche“, Ewaldstr. Beitrags.
- Böckum.** 12. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. S u p e r t, Alleestr. 62. Beitrags., Gesch.
- Breslau (Holzarb.).** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. B ä t t n e r s t r . 27. Gesch., Beitrags.
- Breslau (Tischl.).** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. B ä t t n e r s t r . 26-27. Gesch., Beitrags.
- Bromberg.** 5. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. W i c h e r t am Fischmarkt. Gesch., Versch.
- Bruchsal.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Walfisch“, Durlacherstr. Gesch., Beitrags.
- Bütow.** 11. Abds. 8 Uhr Vers. b. S e l t e, Synagogenstr. 4. Gesch., Beitrags.
- Charlottenburg.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. F r i t s c h e, Windscheidstr. 29. Gesch.
- Coln a. Rh.** 12. Vorm. 10 Uhr, Vers. b. L ö f f e l, Neumarkt, Ede Thieboldsgasse. Gesch., Beitrags. Ausgabe der Eintrittshesten zu den Volksunterhaltungsabenden im Grünienich. — Nachm. 5 Uhr, Sektion der Modellschreiner ebenda.
- Coln-Chrenfeld.** 14. Abds. 8 1/2 Uhr im „Verbandsbause“, Venloerstr. Beitrags., Versch.
- Cottbus.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. Drei Kronen“, Berlinerplatz. Gesch., Beitrags.
- Gzerst.** 4. Abds. 7 1/2 Uhr, Vers. b. K r u c z y n s k i. Beitrags., Versch.
- Danzig.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. V o r s t ä d t - G r a b e n 9. Beitrags., Versch.
- Dirschau.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Deutschen Kaiser“. Gesch., Beitrags.

**Dortmund.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Behle, Brückstr. 16. Gesch., Beitrags., Bücherwechsel.

**Düsseldorf.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Schumacher, Zimmermannstraße 38a. Gesch., Beitrags., Versch.

**Düsseldorf.** (Sektion der Modell-Schreiner.) 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. bei Schumacher, Zimmermannstr. 38a. Gesch., Beitrags.

**Duisburg.** 12. Vorm. 11 Uhr, Verf. b. Hasenkamp, Friedrich-Wilhelmstr. 16. Beitrags., Gesch. — Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, Abds. 9 Uhr, Diskussionsstunde.

**Eberfeld.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Nest zum Eölnener Wappen“. Kaiserstraße 8. Gesch., Beitrags. — Ausgabe der „Eiche“ jeden Sonntag morgen im Vereinslokal.

**Ebing.** 11. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Gewerbehaus“. Gesch., Beitrags.

**Forst.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Dickmann, Thurmstr. 13. Beitrags., u. A.

**Fürth.** Jeden Mittwoch, Abds. 8 1/2 Uhr, Rhetorischer Kursus im Bergbräu, Königstr. 106.

**Gelsenkirchen.** 4. Abds. 7 1/2 Uhr, Verf. b. Eichelkamp, Arminstr. 8. Beitrags., Gesch., Versch.

**Glab.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. in „Zimmermann's Brauerei“, Badenberg. Beitrags., Gesch.

**Gleiwitz.** 4. Abds. 8 Uhr, Verf. Fabrizstr. 1. Gesch., Beitrags., Versch.

**Göppingen.** 11. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Nest zur Pyra“. Beitrags., Versch.

**Görlitz.** 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Nest Stadt Pilsen“, Obermarkt. Gesch., Beitrags., Versch.

**Grünberg.** 4. Abds. 8 Uhr, Verf. b. Adam, Holzmarktstr. 1. Beitrags., Gesch.

**Gumbinnen.** 4. Abds. 8 Uhr, Verf. in der „Erholungshalle“, Gartenstr. 22. Gesch., Beitrags., Versch.

**Hagen.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Stratenwerth, Wehringhauserstr. 6. Beitrags., Gesch.

**Halle.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Nest zur Passage“, Gr. Brauhausstr. 5. Gesch., Beitrags.

**Hirschberg.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. z. goldenen Löwen“, am Markt. Beitrags., Gesch.

**Jauer.** 4. Abds. 8 Uhr, Verf. in „Kügler's Nest“. Beitrags., Gesch.

**Jena.** 11. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Kaffeehaus“. Gesch., Beitrags., Versch.

**Kalk.** 12. Vorm. 11 Uhr, Verf. b. J. Seul, Hauptstr. 178. Beitrags., Versch.

**Kattowitz.** 4. Abds. 8 Uhr, Verf. Grundmannstr. 21. Gesch., Beitrags.

**Königsberg.** 4. Abds. 8 Uhr, Verf. b. Godath, Holzstr. 11. Beitrags., Versch.

**Landeshut.** 11. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Gasth. z. alten Mühle“. Gesch.

**Landesberg I.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Gustavus, Luisenstr. 37. Versch.

**Langenlöß.** 4. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Gasth. Gluckauf“. Beitrags., Gesch.

**Lassan.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. z. Hafen“. Gesch., Beitrags.

**Lauenburg.** 5. Nachm. 1 1/2 Uhr, Verf. b. Fischer, Stolperstr. Gesch., Beitrags.

**L.-Gohlis.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Nest zur Weintraube“. Beitrags.

**L.-Lindenau.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. i. „Hönsch's Saalbau“, Lützenstr. 14. Gesch., Beitrags., Vortrag, Versch.

**Liegnitz.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. z. weißen Kopf“, Rohmarkt. Gesch., Beitrags.

**Magdeburg.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. i. „Nest z. grün. Löwen“, Georgenstr. 11. Beitrags., Gesch.

**Mülheim (Ruhr).** 5. Vorm. 11 Uhr, Verf. i. „Drei Kaisersaal“, Charlottenstr. Gesch., Beitrags.

**Nowawes.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Germaniasaal“, Wilhelmstr. 24. Beitrags., Gesch.

**Pasewalk.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. Königstr. 6. Gesch., Beitrags., Versch.

**Pasing.** 4. Abds. 8 Uhr, Verf. in der Brauerei Münchenerstr. Gesch., Beitrags., Versch.

**Pfersee.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. Weisenburgerhof“. Beitrags.

**Potsdam.** 11. Abds. 8 Uhr, Verf. b. Bell, Waisenstr. 61. Beitrags., Gesch.

**Radeberg.** 11. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Nest z. Vater Jahn“. Beitrags.

**Ritzdorf.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Gorski, Herrmannstr. 199. Beitrags., Werkstatangelegenheiten, Versch.

**Rothenburg.** 12. Nachm. 3 Uhr, Verf. b. Kirchdörfer. Beitrags., Versch.

**Rudolfsdt.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Nestaur. Danz.“ Gesch., Beitrags.

**Schmölln.** 5. Nachm. 3 Uhr, Verf. in „Grell's Nest“, Bahnhofstr. Beitrags.

**Schweidnitz.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. zum blauen Hecht“, Breslauerstr. 8. Gesch. — Beitrag jeden Sonnabend daselbst.

**Siegen.** 4. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Nest zum Rappen“, Marburgerthor. Gesch., Beitrags.

**Schleuditz.** 11. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Lindenhof“, Bahnhofstr. Beitrags.

**Sprottau.** 11. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Gasth. zum Berge“. Gesch., Beitrags.

**Stettin I.** 11. Abds. 8 Uhr, Verf. b. Labudde, Luisenstr. 18. Gesch., Beitrags.

**Stolz.** Jeden Sonnabend nach dem 1. Abds. 8 Uhr, Verf. b. Buggerl, Synagogenstr. Gesch., Beitrags.

**Striegau.** 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. i. „Gasth. z. schwarzen Bär“. Beitrags.

**Ulm.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. z. Rathauskeller“. Gesch., Versch.

**Weiskau.** 11. Abds. 8 Uhr, Verf. b. Jensch. Gesch., Beitrags., Versch.

**Warmbrunn.** 10. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Gasth. z. weißen Adler“. Beitrags., Gesch.

**Weiskensee.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Schomburg, Langhansstr. 143. Gesch., Beitrags., Versch.

**Wittenberg.** 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Wildgrube, Juristenstr. Beitrags.

**Wölfelsdorf.** 12. Nachm. 3 Uhr, Verf. im „Schwarzen Adler“ zu Habelschwerdt. Gesch., Beitrags.

**Zeit II.** 18. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. in „Schwager's Nest“. Beitrags., Monatsbericht, Versch.

**Orts- und Medizinalverbände.**

**Dortmund (Ortsverband).** Sonntag, den 12. März, Nachm. 3 Uhr, Versammlung in Schock's Lokal zu Derne. Anschließend daselbst um 4 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung zwecks Begründung eines Ortsvereins der Bergarbeiter.

**Schmölln (Ortsverband).** Sonntag, den 5. März, Nachm. 3 Uhr, Versammlung in G. Grell's Restaurant in Schmölln. Tages-Ordnung: Geschäftliches, Vortrag.

**Anzeigen.**

**Gustav Jarchoff's Patent-Büro**

Berlin-Schöneberg, Eisenacherstr. 44, erledigt alle Patent-Angelegenheiten billig u. gut. Auskünfte u. Prospekte frei. Dankschreiben u. Empfehlungen. Geöffnet Abends bis 9 Uhr u. Sonntags.

**Langenlöß.** Durchreisende Gewerksvereinsgenossen erhalten freie Verpflegung. Zu melden b. Bass. August Rupprecht, Mittags von 12 bis 1 Uhr, Abds. von 6 bis 8 Uhr.

**Krampfadergeschwüre, Offene Wunden.**

Herr Mück, Spezialarzt für chronische Krankheiten. Entschuldigen Sie meinen verspäteten Bericht, kann Ihnen nun aber mit voller Sicherheit mitteilen, daß das Uebel meiner Mutter, eine schmerzende Wunde ob dem rechten Fußgelenk, dank Ihrer brieflichen Behandlung gründlich geheilt ist. — Beggen b. Dommelange (Großherz. Luxemburg), 5. Oktober 1904. Michel Everit g. Gesehen zur Beglaubigung obenstehender Unterschrift des Herrn Michel aus Beggen. Eich, den 5. Oktober 1904. Der Polizei-Commissär. Man wende sich an D. Mück, Spezialarzt in Wienacht (Schweiz) No. 312.

**„Die Eiche“**

Organ des Gewerkvereins der Deutschen Tischler  
:: (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen ::

Jahrgang 1904



auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für Mitglieder, Vereinsbibliotheken, wie Verbands-genossen zum Preise von Mk. 3,50 einschl. Porto zu beziehen durch die Expedition Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 221—223.



**Central-Arbeitsnachweis**

der Berliner Ortsvereine (Hirsch-Duncker) und Herbergsverkehr befindet sich jetzt im **Verbandshause, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223.** Fernsprecher Amt VII, 4720. Vermittlung kostenlos. Karten für freies Logis und Morgens Kaffee bei allen Ortsvereinskassirern Berlins. Zureisende aus Berufen, welche in Berlin keinen Ortsverein haben, erhalten diese Karten im **Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/223.**

**Halle.** Der Arbeitsnachweis des Ortsvereins der Tischler befindet sich b. A. Eckart, Raunischestr. 13. — Durchreisende Kollegen unseres Gewerkvereins erh. die Unterstützung beim Kassierer O. Werner, Saalberg 16, I.

**Der Arbeitsnachweis** des Ortsv. der Tischler zu Liebau befindet sich beim Kassierer Paul Schwarz, Trautenauerstr. Nr. 37. — Meldungen Mittags 12—1 und Abends 7—9 Uhr.

In Frankfurt (Oder) erhalten durchwandernde Gewerksvereinsgenossen freie Verpflegung in der „Herberge zur Heimath“ für Nachtlager, Abendbrod und Frühstück. — Karten sind bei allen Ortskassirern zu haben.

**Görlitz.** Ortsverbands-Herberge befindet sich im „Gasth. zum Kronprinz“, Nikolaigraben 7.

**Vom Ortsverband Eisenach** erhalten durchreisende Genossen frei Abendbrod, Nachtlögis u. Kaffee im „Gasth. zur Harmonie.“ — Karten sind b. Ortsverbandskassierer F. Stiekel, Bachstraße 6, III zu erhalten.